



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin a.D.

Pressemitteilung

Widmann-Mauz MdB:

Drastischer Rückgang bei KfW-Förderung im Zollernalbkreis

Berlin, den 29. Februar 2024

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz.wk@bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen-
Hechingen

Der Zollernalbkreis verzeichnete im Jahr 2023 einen drastischen Einbruch bei den KfW-Förderungen. Mit insgesamt 82,7 Mio. Euro liegt die Fördersumme 2023 deutlich unter dem Vorjahreswert von 201,1 Mio. Euro. Insbesondere die Förderung privater Kunden ist stark zurückgegangen – in diesem Bereich wurden über 50 Mio. Euro weniger ausbezahlt. Dazu erklärt die Wahlkreisabgeordnete für Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz MdB:

„Der politische Schlingerkurs bei der Energiewende, unklare Förderprogramme und -richtlinien sowie permanenter Streit in der Ampel-Regierung schlagen sich auch bei den KfW-Förderungen nieder. Die Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern ist riesig, gerade was energetische Sanierungen angeht. Private Haushalte, Unternehmen und Kommunen brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit. Angesichts immenser Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz sind die Fördermittel der KfW ein wichtiger Hebel. Wenn diese Fördermittel nicht abrufbar sind und genutzt werden, sind das verpasste Chancen für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, so die Abgeordnete. Von den 82,7 Mio. Euro flossen 2023 21,8 Mio. Euro an Kommunen im Zollernalbkreis, hauptsächlich im Rahmen der Soforthilfe und Preisbremse Gas und Wärme. Weitere 40,3 Mio. Euro Fördermittel kamen privaten Kundinnen und Kunden zugute, vor allem im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

„Die jetzt angelaufene, neue Heizungsförderung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ob die dafür im aktuellen Bundeshaushalt veranschlagte Fördersumme in Höhe von 16,7 Milliarden Euro ausreichen wird und ob das Verfahren dieses Mal geordneter ablaufen wird, werden die kommenden Monate zeigen.“